

Stimmung unter Rückkehrern (1)

25. Juni 1953

Stimmungsberichte von den zurückgekehrten Personen aus Westdeutschland und Westberlin [Meldung Nr. 24/53]

Quelle

BStU, MfS, AS 9/57, Bd. 3b, Bl. 350–352.

Serie

Informationsdienst (Konstituierungsphase).

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Vermerk im Dokumentenkopf (maschinenschriftlich): »Informationsbericht Nr. Ia« (möglicherweise war dieser Bericht eine Anlage zum Tagesbericht vom 24. oder 25.6.).

Bemerkungen

Ein weiteres Exemplar ist überliefert in AS 9/57, Bd. 3b, Bl. 360–362 (keine Vermerke).

[Titelzusatz:] laut Ministerratsbeschluss vom 11.6.1953 ¹

[Vorname Name 1], Leipzig, [Straße, Nr.], Arbeiter: Eltern schickten Grotewohl-Aufruf ² ihrem Sohn nach Westdeutschland und dieser kehrte am 8.6.1953 auf illegalem Weg in die DDR zurück. Beim Überschreiten der Demarkationslinie wurde er von der Grenzpolizei vier Tage festgehalten zur Überprüfung der Personalien und konnte dann zu seinen Eltern fahren.

In einem Lager war [Name 1] nicht, da er bereits 1950 nach Westdeutschland gegangen [war]. Er arbeitete zwei Jahre im Bergwerk bei einem Bruttoverdienst von 260,00 DM, von denen er 140,00 DM für Unterkunft und Verpflegung bezahlen musste. Wie er von Bekannten erfuhr, ist die Stimmung in den Lagern schlecht. Bei seiner Rückkehr wurde [Name 1] durch die Westpolizei einen Tag festgehalten, gewarnt und aufgefordert nicht in die DDR zu gehen.

Ob unter den Flüchtlingen Agitation vonseiten der Bonner Regierung oder reaktionären Kräften gegen eine Rückkehr in die DDR durchgeführt wird, kann [Name 1] nicht sagen. Nach Aussagen einiger Freunde des [Name 1], die sich zzt. noch im Lager befinden, sollen Bemühungen seitens der Lagerleitung gemacht werden, von der Rückkehr abzuhalten. [Name 1] betont ausdrücklich, dass er beim Überschreiten der Grenze gut behandelt wurde, alle notwendigen Papiere, Lebensmittelkarten usw. wurden ihm anstandslos ausgehändigt.

[Name 2, Vorname], Arbeiter, geb. [Tag, Monat] 1928, und die Büglerin [Vorname Name 3], geb. [Tag, Monat] 1933, über die Stimmung unter den Flüchtlingen von Westdeutschland und Westberlin berichten sie Folgendes: »Die Flüchtlinge werden in Lagern zusammengepfercht, sämtliche Dokumente abgenommen und dürfen das Lager nicht verlassen. Es gibt Flüchtlinge, die schon über zwei Jahre in den Lagern wohnen. Beim Verlassen der Lager wird gegen die Flüchtlinge Fahndung erlassen, anschließend werden sie in Gefängnisse eingeliefert oder ins Lager zurückgebracht. Flüchtlinge, die versuchen, illegal die Grenze zur DDR zu überschreiten, werden von den amerikanischen Behörden verurteilt. Um den Flüchtlingen die Lust zur Rückkehr in die DDR zu nehmen, wird entsprechend Propaganda über Presse, Rundfunk und Film getrieben. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR werden verleumdeter, z. B. Einzug in die VP, Hunger, Gefängnis usw., wodurch man den Eindruck erhält, dass in der DDR nur Verbrecher wohnen.« [Name 2] gibt zu, dass der Ministerratsbeschluss über Flüchtlinge in der DDR jedoch sehr positiv aufgenommen wurde. Jedoch hat der größte Teil der Flüchtlinge aufgrund der aufgezeigten Tatsachen Angst, in die DDR zurückzukehren.

[Vorname Name 4], 25 Jahre alt, Landwirt, wohnhaft: Berlingerode, Kreis Worbis, sagt: »Sofort nach Bekanntwerden des Ministerratsbeschlusses habe ich an unseren Bürgermeister ein Telegramm geschickt und um Rückkehr gebeten. Einige Flüchtlinge zeigen Bedenken, dass sie nicht entsprechend den Beschlüssen aufgenommen werden, was auf Rundfunk und Flüsterpropaganda, die drüben verbreitet wird, zurückzuführen ist, z. B. die Flüchtlinge werden zu Aussagen erpresst und dürfen sich nur vorübergehend in bestimmten Gebieten der DDR aufhalten. Von Zöllnern wurden Flüchtlinge darauf hingewiesen, dass, wenn sie in die DDR zurückkehren, sie ihr Asylrecht in Westdeutschland für immer verlieren. Obwohl ich mich beim Verlassen Westdeutschlands ordnungsgemäß meldete, wurde ich durch die Grenzbeobachtung Nordhausen 48 Stunden inhaftiert. Die Rückgabe meines Hofes wird beim Rat des Kreises vorbereitet.«

[Vorname Name 5], 22 Jahre alt, Hausgehilfin, wohnhaft: Kirchworbis, äußert sich: »Durch den Ministerratsbeschluss habe ich die Möglichkeit, wieder in die Heimat zurückzukehren und meine gemachten Fehler wiedergutzumachen. Die Stimmung unter den Flüchtlingen in Westdeutschland ist sehr gedrückt. Etwa 80 % bereuen ihren Schritt, aber trotzdem traut ein großer Teil nicht den Maßnahmen der Regierung der DDR. Durch die Bonner Regierung wird in letzter Zeit den Flüchtlingen verstärkt Arbeit versprochen. Unter der Grenzbevölkerung Westdeutschlands werden die Gerüchte verbreitet, dass auf jeden Rückkehrer scharf geschossen wird.«

[Name 6, Vorname], geb. [Tag, Monat] 1922, wohnhaft: Gera, [Straße, Nr.], Arbeiter: [Name 6] findet den Ministerratsbeschluss für sehr gut, denn er gibt all denen, die in Westdeutschland ohne Arbeit sind, die Möglichkeit, sich hier ein neues Leben aufzubauen. »Die Stimmung unter den Flüchtlingen in Westdeutschland ist sehr schlecht, da die Menschen in den Lagern wochen- und monatelang ohne Arbeit sind. Sie haben lediglich die Möglichkeit in die Fremdenlegion zu gehen. Der Beschluss der Regierung wird von vielen begrüßt und ausgenutzt. Mit mir selbst kehrten 50 Personen in die DDR zurück. Teilweise gibt es Bedenken über die Rückkehr in die DDR, besonders aber unter dem Mittelstand bestehen Zweifel, ob die Regierung der DDR ihr Wort hält und diese Maßnahmen auch wirklich realisiert werden. Agitation gegen die Rückkehr in die DDR wird durch die Presse und den RIAS, die eine wüste Hetze betreiben, verbreitet.«

Zur Durchführung der Maßnahmen des Ministerratsbeschlusses gibt er an, dass dieser einwandfrei ist, es wird alles getan, um die Rückkehr zu erleichtern. Beschwerden hat er keine. Der längere Aufenthalt an der Grenze ist seiner Meinung nach vollkommen richtig, denn so wird es niemals gelingen, dass Agenten und Saboteure in die DDR geschleust werden.

[Name 7, Vorname], [Tag, Monat] 1931, Hilfsarbeiter: »Die Zeitungsnotiz über den Ministerratsbeschluss wurde sehr begrüßt und war Ursache sofortiger Rückkehr. Im Gebiet um Konstanz wird eine starke Hetze getrieben gegen die SU sowie Agitation gegen die Rückkehr nach der DDR. Viele Flüchtlinge können sich noch kein klares Bild von der Entwicklung in die DDR machen und wurden stark negativ beeinflusst durch die Ereignisse vom 17.6.1953. Es wird eine starke Agitation gegen die Rückkehr betrieben und durch persönliche Aussprache dieselbe zu verhindern versucht. Dies geschieht insbesondere, um den Bau der Munitionslager, Flugplätze usw. nicht zu gefährden. Die Passausgabe für die Fahrt in die DDR wurde verweigert, jedoch weitere administrative Maßnahmen nicht unternommen. Die gute Aufnahme in der DDR sowie die unbürokratische Handhabung bei der Ausstellung der notwendigen Papiere wurden sehr begrüßt.«

[Name 8, Vorname], [Tag, Monat] 1921, Kraftfahrer aus München, jetzt Dresden, [Straße, Nr.], begrüßte den Beschluss der Regierung, welcher ihn veranlasste sofort zurückzukehren. »Die Stimmung unter den Flüchtlingen im Lager Regensburg in Bezug auf Rückkehr in die DDR ist noch stark gehemmt durch mangelndes Vertrauen, jedoch bereiten große Teile der Flüchtlinge, besonders Bauern aufgrund brieflicher Mitteilungen aus der DDR, dass Bauernhöfe zurückgegeben werden, ihre Rückkehr vor. Besondere Agitation gegen Rückkehr wurde nicht festgestellt. Der Grenzübergang bei Helmstedt wurde nicht behindert.«

Die Behandlung durch Behörden der DDR wird äußerst positiv beurteilt. Anerkannt wird zuvorkommende, höfliche Abfertigung bei den Dienststellen, Geldunterstützung sowie unentgeltliche Schnellzugfahrt und rasche Arbeitsvermittlung.

[Name 9, Vorname], geb. [Tag, Monat] 1924, Hausfrau, wohnhaft: Schwerin, [Straße, Nr.], äußerte: »Wie ein Lauffeuer ging es durch die Republikflüchtigen, dass sie wieder in die DDR zurückkehren können.« Auf die Äußerung: »Vielleicht ist es nur eine Falle und sie sperren uns ein«, äußerte man sich: »Es ist ganz egal, denn das Elend in den Hamburger Lagern wäre nicht mehr auszuhalten.« An der westlichen Grenze sagt man, dass alle Menschen, die in die DDR zurückkehren, verfolgt und verschleppt werden.

Besondere Maßnahmen vonseiten der Bonner Regierung, die Menschen an der Rückkehr zu hindern, sind nicht bekannt.

1

Der Ministerratsbeschluss zum »Neuen Kurs« vom 11.6.1953 basierte auf einem Beschluss des SED-Politbüros vom 9.6.1953, der der SED wiederum von der sowjetischen Führung oktroyiert worden war. Im Kern ging es um die Rücknahme des seit der 2. Parteikonferenz vom Juli 1952 geltenden harten politischen Kurses des »Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus«. Einige Maßnahmen, die im Zuge dieser Politik getroffen worden waren, wurden in einem Kommuniqué ausdrücklich als »fehlerhaft« bezeichnet. Insbesondere sollten geflüchtete ehemalige Bauern und Gewerbetreibende durch das Versprechen, wieder in ihre alten Rechte eingesetzt zu werden und ihren Besitz zurückzuerhalten, veranlasst werden, in die DDR zurückzukehren. Vgl. Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats der DDR vom 11. Juni 1953 und entsprechende Verordnungen. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 12.6.1953, S. 1.

2

Hiermit ist wahrscheinlich die Rede gemeint, die Otto Grotewohl bereits am 4.2.1953 vor der Volkskammer hielt und in der er die

»mensenunwürdigsten Umstände« beklagte, in denen die Flüchtlinge im Westen leben müssten und verkündete: »Die Regierung ist bereit, solche Rückkehrer wieder aufzunehmen, die aus Kopflosigkeit ein Opfer der westlichen Hetze geworden sind und darum die Republik verlassen haben.« Vgl. ND, Berliner Ausgabe, v. 8.2.1953, S. 3.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.